

ZEIT zu handeln: Für soziale Sicherheit, Klimagerechtigkeit und Frieden

Otto Ersching kandidiert im Wahlbezirk Olpe/MK I als Direktkandidat für den Bundestag

Der Neoliberalismus ist gekennzeichnet von Sozialabbau, Steuerensenkungen für das Kapital und Privatisierung öffentlicher Aufgaben, z.B. beim sozialen Wohnungsbau und im Gesundheits- und dem Bildungswesen. Auf der anderen Seite werden Senkungen der direkten Steuern, auf z.B. Gewinne, durch Anhebungen indirekter Steuern kompensiert - das bezahlen am Ende alle, auch die Menschen mit geringen Einkommen.



teten, den Niedriglohnschaffenden, den prekär Beschäftigten und den von Armut bedrohten Menschen eine Stimme geben. Den arbeitenden in den systemrelevanten Berufen, mit teilweise mickrigen Einkommen, gehört meine ganze Solidarität“.

Sozialer Wohnungsbau findet nicht statt.

In Lüdenscheid sind 21% der Haushalte auf preisgünstige Wohnungen angewiesen. Noch schlimmer ist die Lage in den Großstädten. Steigende Mieten führen dazu, dass Wohnen zu einem Luxusgut wird. Menschen mit einem niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen werden aus den Innenstädten gedrängt.

Wir wollen bezahlbare Wohnungen für alle. Der soziale Wohnungsbau muss reaktiviert werden.

Ein Mietendeckel schützt vor Mieterhöhungen und damit der Verdrängung der Mehrheit der Menschen. Wohnen ist ein Menschenrecht!

Trotz Corona werden Krankenhäuser geschlossen

Private Klinikkonzerne haben sich weitestgehend aus der Behandlung von Covid-19-Patient*innen rausgehalten. Die kostenintensive und intensivmedizinische Behandlung wurde den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft überlassen. Die privaten profitorientierten Krankenhauskonzerne haben sich lieber weiter auf gewinnträchtige Behandlungen beschränkt.

Die Lernkurve der neoliberalen Parteien - SPD, CDU, FDP und GRÜNE - ist aber auf einem bescheidenen Niveau geblieben. Auch im letzten Jahr sind 20 Kliniken geschlossen worden. In Letmathe und Altena wurden allein nach fiskalischen Gesichtspunkten Krankenhäuser geschlossen. Klinikschließungen müssen der Vergangenheit angehören. „Ich will mich dafür einsetzen, dass die Gesundheitsversorgung wieder in öffentliche Hand kommt“.

Pflegeberufe im Gesundheitssektor und Altenpflege aufwerten

Die Menschen in diesen Berufen müssen einen Lohn bekommen, der die Leistungen widerspiegelt und für ein gutes Leben reicht. Die Überlastung in den Krankenhäusern und Altenheimen muss ein Ende haben. Es fehlt an 200.000 Beschäftigten in den Krankenhäusern und Altenheimen. Im Bundestag müssen engagierte Abgeordnete sitzen, die in Fabriken oder Büros Tag für Tag Lohnarbeit verrichten und dazu beitragen, dass die Kapitaleseite ihren Profit einheimen kann.

Ich bin ein Arbeiter!

„Ich arbeite in einem Industriebetrieb. Ich kenne und verstehe die Sorgen der Lohnschaffenden. Für mich ist es selbstverständlich, als abhängig Beschäftigter, Mitglied der IG Metall zu sein“.

„Ich will der Stachel im Fleisch derer sein, die für die sozialen Verwerfungen verantwortlich sind, jeden Tag will ich ihnen den Finger in die Wunde legen und für gerechtere Verhältnisse eintreten“.

„Klimaschutz muss zur Klimagerechtigkeit werden. Es kann nicht sein, dass die Menschen mit einem geringen Einkommen die Zeche bezahlen sollen, wie es auch die Grünen durch die Hintertür fordern.“

„Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder. Seit November 2020 setze ich mich für die Menschen im Rat der Stadt Lüdenscheid ein“.

„Für Ihre Fragen, Probleme oder einfach nur der Wunsch nach einem Gespräch komme ich sehr gerne nach“.

„Dafür können Sie mich anrufen unter: 01525 1017418“.

Sozialer Wohnungsbau in der Wiesenstraße - unsere Forderung muss Realität werden

Torsten Lange

Die Wiesenstraße war jahrzehntelang industriell geprägt. Viele Lüdenscheider haben hier ihre Brötchen verdient. - Das war einmal!



Viele Betriebe werden heute von den Finanzoligarchen gekauft und, wenn der Profit nicht stimmt, wieder abgestoßen. Die Interessen der Beschäftigten spielen dabei keine Rolle. So erging es zuletzt den Arbeiter*innen und Angestellten der Firma Novelis, die lange Jahre Alcan hieß.

Die freigewordenen Flächen bieten nun die Möglichkeit, zentrumsnah dringend benötigte Wohnungen zu bauen.

Zugeschlagen hat ein privater Investor, der das Gelände von Novelis gekauft hat, trotz Vorkaufsrecht der Stadt. Da muss man als Einwohner*in schon dankbar sein, dass die Verwaltung ihre rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft und dem Investor planerische Bedingungen zur Erschließung auferlegt.

In der Wiesenstraße entstehen unter anderem 100 Sozialwohnungen, wie wir es seit Jahren fordern.

LINKS wirkt!

Wir werden genau beobachten, ob diese Vorgaben auch wirklich umgesetzt werden.

Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht. Es darf und kann sich nicht an Profitinteressen orientieren!

Wohnungsbau und Stadtgestaltung müssen wieder öffentliche Aufgaben werden. Die stadtteigene Lüdenscheider Wohnungsgesellschaft hat endlich eine offensive Rolle zu übernehmen!

DIE LINKE im Rat – damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht!

Jupp Filipppek

DIE LINKE ist mit Otto Ersching und Jupp Filipppek im neuen Rat der Stadt Lüdenscheid vertreten. Mit 12 sachkundigen Bürger*innen bilden sie eine starke Fraktion. Sie ist die soziale Opposition.



Unsere Politik orientiert sich ganz besonders an den Interessen der kleinen Leute. Ihnen muss die Stadt gehören. Davon aber ist Lüdenscheid weit entfernt. Hier bestimmen seit Jahrzehnten die Investoren. Wer mit Geldbündeln winkt, dem wird der Teppich ausgerollt.

Wir wollen das ändern. Die Kommune selbst muss wieder eine stärkere Rolle einnehmen.

Wir brauchen städtische Kindertageseinrichtungen, städtischen Wohnungsbau und städtische Seniorenangebote. Die Bekämpfung der zunehmenden Armut darf nicht in erster Linie privaten übertragen, sondern muss öffentliche Aufgabe werden. Wir brauchen dafür dringend einen Lüdenscheider Armutsbericht.

Die Zahl der niedergelassenen Ärzte wird in den nächsten Jahren dramatisch abnehmen. Hier muss die Stadt gegensteuern. Wir setzen uns für öffentliche Medizinische Versorgungszentren ein.

Wir wollen eine menschengerechte Stadt. Der Individualverkehr muss zurückgedrängt, der öffentliche Nahverkehr muss erheblich verbessert und ausgebaut werden. Die Interessen von Fußgängern und Radfahrern muss stärker in den Mittelpunkt rücken.

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine dringende Aufgabe. Arbeit und Umwelt gehören aber zusammen gedacht. Die Reaktivierung von Industriebrachen, und nicht die weitere

Ausweisung von Gewerbeflächen, muss von daher im Vordergrund stehen.

Dringend brauchen wir mehr öffentliche Investitionen. So sichert man Arbeitsplätze. Es besteht auch in Lüdenscheid ein dringender Investitionsbedarf in vielen Bereichen.

Die seit Jahren betriebene sogenannte Haushaltssanierung ist kontraproduktiv. Sie hat dazu geführt, dass die Stadt ihre Aufgaben nicht mehr ausreichend wahrnehmen kann. Die katastrophalen fachlichen und personellen Ressourcen zwingen dazu, dass immer mehr Aufgaben teuer an private Projektträger übertragen werden müssen.

DIE LINKE ist die einzige Partei im Rat, die gegen eine solche Politik kämpft. Die Durchsetzung der Belange der Menschen in dieser Stadt ist nur durch eine breite Unterstützung möglich.

Armutsbericht für Lüdenscheid – damit gegen Armut aktiv gehandelt werden kann

Evelyne Sukup
(sachkundige Bürgerin im Sozialausschuss)

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ (Bertolt Brecht, 1934).



Zunehmende Armut auf der einen, und auf der anderen Seite

der Gesellschaft unermesslicher Reichtum, das dokumentiert erneut der von der Bundesregierung vorgelegte „Armut- und Reichtumsbericht“.

Eine der Kernaussagen des Berichtes ist es, dass sich die Einkommens- und Vermögenslage weiter polarisiert hat.

2,8 Millionen Kinder leben im reichen Deutschland in Armut. Die Wahrscheinlichkeit, arm zu bleiben, ist demnach seit Ende der 1980er Jahre von 40% auf 70% gestiegen. – Ein Skandal!

Wie sieht die Armut in Lüdenscheid aus? Dazu gibt es bisher keine konkreten Unterlagen. Das muss sich ändern!

Die Fraktion DIE LINKE hat direkt in der ersten Sitzung des Sozialausschusses beantragt, für die Stadt einen Armutsbericht zu erstellen. Dieser Antrag wurde zur Beratung an die Fraktionen überwiesen.

Wir hoffen sehr, dass eine Mehrheit im Rat dieser wichtige Anliegen unterstützt.

Industriedenkmal Bremecker Hammer vor dem Zerfall

Otto Ersching

Völlig heruntergekommen präsentiert sich der zum städtischen Museum gehörende Bremecker Hammer in Brüninghausen. Für die Sanierung fehlt das Geld. Eine Substanzerhaltung erfolgt aber scheinbar auch nicht. Ein vergilbter Zettel der Stadtwerke informiert darüber, dass am 26. Mai 21 der Strom abgeschaltet worden ist. Geld

für Strom scheint auch nicht mehr vorhanden zu sein.

Die Mittel zur Unterhaltung und Sanierung des wichtigen Industriemuseums Bremecker Hammer sind auf ein Minimum reduziert worden. Aus Sicht der Herrschenden ein wichtiger Beitrag zur Haushaltssicherung.

Dabei zeigt dieses Museum, wie kein anderes in Lüdenscheid, die industrielle Entwicklung der Stadt. Am Ende die-

ser Entwicklung stehen unzählige Werkzeugbauten und Werkzeugmacher, deren Handwerk auf die im Bremecker Hammer gezeigten technischen Entwicklungen beruhen.

Nicht zu vergessen, dass Lüdenscheid und der Märkische Kreis bis Anfang der 1990er Jahre Werkzeugmacher-Hochburg war.

Parkische Industriegeschichte ist für eine industrielle Stadt unverzichtbar!

Keine Kungelei mit Kitaplätzen – Beratungen in öffentlicher Sitzung

Jupp Filipppek

Die Kinder- und Jugendhilfe, die z. B. Kindertagesstätten und weitere verschiedene Einrichtungen, sowie Angebote für Kinder und Jugendhilfe anbietet, ist geprägt durch das Nebeneinander und Zusammenwirken von öffentlichen sowie freien Trägern.

Diese Träger sind unter anderem die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas und die diversen Jugendverbände, wie der CVJM, die Pfadfinder und die weiteren kirchlichen Anbieter.

Sobald solche sogenannten freien Träger öffentlichen Aufgaben ausführen, erhalten sie hohe Zuschüsse vom Land und auch der Kommune.

Grundlage für den Betrieb und die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen ist das „Kinderbildungsgesetz NRW“. Danach haben z. B. kirchliche Träger 12 % der Kosten (Bau-, Investitionen, Betriebskosten etc.) als Eigenanteil aufzubringen.

Dies gilt aber nicht in Lüdenscheid!

Seit Jahrzehnten wird diese gesetzliche Vorgabe negiert. Obwohl sich die Stadt Lüdenscheid seit fast 10 Jahren in der Haushaltssicherung befindet, werden an die Kirchen und an andere Träger von Kindertagesstätten üppige Sondersubventionen gezahlt.

550.000 € waren das alleine im Jahr 2019. Im letzten Jahr sollen es sogar noch mehr gewesen sein (wir werden berichten).

ÖPP – es kommt noch besser:

ÖPP steht für die angebliche Partnerschaft von öffentlicher Hand und Privatunternehmer. Und das geht in Lüdenscheid ganz praktisch so: Die Stadt verkauft ein Filetgrundstück – wie an der Bahnhofsallee, Freiherr-vom-Stein-Straße oder Am Buckesfeld geschehen – an ein privates Unternehmen.

Dieses Unternehmen baut darauf eine Kindertagesstätte. Die Stadt mietet langfristig anschließend die Kindertagesstätte vom neuen privaten Besitzer und übergibt die Einrichtung an einen sogenannten freien Träger.

Kurzfristig wird so der Schein der angeblichen Haushaltskonsolidierung gewahrt. Langfristig verdient der Investor in erheblichen Umfang.

Diese Kungelei erfolgt nicht in einer öffentlicher Sitzung.

Unsere Forderung, solche Entscheidungen in öffentlicher Sitzung zu behandeln, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Luftschadstoff-Screening in Lüdenscheid - Fehlanzeige, weil die Stelle gestrichen wurde

DIE LINKE forderte ein Luftschadstoff-Screening in einigen Straßen, unter anderem in der Bahnhofstraße ein. Gerade in dieser Straße ist das Verkehrsaufkommen extrem hoch, Anwohner*innen berichten von gesundheitlichen Einschränkungen.

Leider gab es keine Mehrheit im Umweltausschuss, auch, weil schlicht die erforderliche Stelle nicht mehr besetzt werden soll. Wir fordern, die Stelle neu zu besetzen.

Wichtige Mitteilung:

Derzeit ist das LiZ - Linkes Zentrum wegen Corona noch geschlossen.

Die aktuelle Situation lässt darauf hoffen, dass wir nach den Sommerferien wieder, wie in gewohnter Weise, weitermachen können.

Impressum
DIE LINKE.Lüdenscheid
Albrechtstraße 2
58507 Lüdenscheid
www.dielinke-maerkischer-kreis.de

Sprecher:
Otto Ersching
01525 1017418
otto.ersching@dielinke-luedenscheid.de

Organisation/Koordination/Bearbeitung:
Otto Ersching
01525 1017418
otto.ersching@dielinke-luedenscheid.de

Zitat:

Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen.

Rosa Luxemburg